

ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR MOBILIEN-LEASING (AVBMOB) Stand 10/2017

1. Vertragsgrundlagen und Definitionen

- 1.1. Vertragszweck ist die Leasingfinanzierung des vom Leasingnehmer (LN) ausgesuchten Leasingobjektes (LO) durch die Leasinggeberin (LG).
- 1.2. Umfasst das LO mehrere selbstständige oder unselbstständige Sachen, ist es als Gesamtsache im Sinne § 302 ABGB zu betrachten.
- 1.3. Im Einvernehmen mit dem LN stellt die LG die Vertragskalkulation ungeachtet der vereinbarten Dauer des Leasingverhältnisses auf eine in den „Besonderen Bestimmungen“ angegebene Dauer ab und setzt für das LO einen kalkulatorischen Wert per Ende der kalkulatorischen Vertragsdauer fest. Diese kalkulatorischen Größen sind für die Berechnung des Leasingentgeltes und allfälliger Ansprüche der Vertragsparteien bei Beendigung des Leasingverhältnisses aus welchen Gründen immer maßgebende Werte.
- 1.4. Bedingener Gebrauch ist die durchschnittliche Abnutzung des LO bei pfleglicher Behandlung.

2. Leasingobjekt

- 2.1. Das LO ist in den "Besonderen Bestimmungen" beschrieben.
- 2.2. Die LG hat auf die Auswahl des LO und des Lieferanten durch den LN keinen Einfluss genommen. Die LG haftet nicht für bestimmte Eigenschaften des LO, bestimmte Pflichten und Zusagen des Lieferanten, vom LN beabsichtigte, tatsächlich nicht eingetretene steuerliche Effekte und Schäden jeder Art aus dem Besitz, Betrieb und Gebrauch des LO. Sollte die LG von Dritten für vorgenannte Schäden in Anspruch genommen werden, ist sie vom LN schad- und klaglos zu halten.
- 2.3. Der LN genehmigt beim LO im Rahmen der Serienfertigung auftretende Änderungen, soweit sie ihm als geringfügig und sachlich gerechtfertigt zumutbar sind.

3. Übergabe des Leasingobjektes

- 3.1. Der LN hat rechtzeitig vor Übernahme die Voraussetzungen für Montage, Inbetriebnahme und Betrieb des LO auf eigene Kosten und Gefahr zu schaffen.
- 3.2. Die LG haftet nicht für die Einhaltung von Lieferbedingungen einschließlich eines bestimmten Liefertermins. Der LN hat das LO umgehend nach Bereitstellung durch die LG oder den Lieferanten zu übernehmen. Der Bereitstellungszeitpunkt wird von der LG oder vom Lieferanten bekanntgegeben. Der Bereitstellungsort ist mangels sonstiger Vereinbarung die Geschäftsanschrift des Lieferanten.
- 3.3. Wird das LO dem LN von der LG oder direkt vom Lieferanten übergeben, übernimmt der LN im Namen der LG zum Zwecke deren Eigentümerserwerbes.
- 3.4. Ist der LN Lieferant des LO (sale & lease back) erfolgt die Übergabe/Übernahme zugleich mit dem Kaufvertragsabschluss.
- 3.5. Verweigert der LN die Übernahme wegen wesentlicher oder unwesentlicher unbehaltbarer Mängel, hat er dem Lieferanten eine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung zu setzen und die LG davon schriftlich zu verständigen. Unterlässt der Lieferant die Mängelbeseitigung, allenfalls den Austausch des LO, dürfen LG und LN vom Leasingvertrag (LV) zurücktreten. In jedem Falle hat die LG vom LN den Ersatz sämtlicher ihr im Zusammenhang mit dem LV entstandenen Kosten, insbesondere Kaufpreis, (An-)Zahlung, Zwischenfinanzierungskosten, etc., zu fordern. Dem LN stehen die LG gleichgültig, ob er zurücktritt oder auf Zahlung des LV besteht, keinerlei Ersatzansprüche zu.
- 3.6. Übernimmt der LN aus anderen als im Punkt 3.5. genannten Gründen nicht, bleiben der Bestand des LV und die Verpflichtungen des LN hieraus unberührt. Die LG darf nach Setzung einer 14-tägigen Nachfrist vom LV zurücktreten und vom LN den Ersatz jeglichen Schadens, inklusive der mit dem Vertrag und dem Rücktritt verbundenen Kosten begehren.
- 3.7. Kann der Lieferant, abgesehen vom Punkt 3.5. aus welchen Gründen immer trotz Setzung einer angemessenen Frist nicht oder nicht vollständig liefern, darf die LG vom LV zurücktreten und vom LN Ersatz im Sinne Punkt 3.5. verlangen. Der LN darf nur zurücktreten, wenn die LG ein Recht zum Rücktritt vom Kaufvertrag hat, von der LG zum Rücktritt aufgefordert wurde und das Rücktrittsrecht gegenüber dem Lieferanten ausübt. Der Rücktritt des LN ist unwirksam, wenn die LG aus dem Kaufvertrag kein Rücktrittsrecht hat oder sich der Rücktritt vom Kaufvertrag als unwirksam erweist.
- 3.8. Die Übernahme ist in einem Übernahmeprotokoll festzuhalten. Das Übernahmeprotokoll ist der LG im Original auszufolgen. Der LN haftet der LG für ein unrichtig erstelltes Übernahmeprotokoll.

4. Beginn und Dauer des Leasingverhältnisses

- 4.1. Das Leasingverhältnis beginnt mit dem Monatsersten, der der Bereitstellung des kompletten LO (Punkt 1.2.) oder der Zulassung des LO – jedenfalls dem früheren der beiden Tage – folgt. Nimmt der LN das bereitgestellte LO aus Gründen, die die LG zu vertreten hat, zu Recht nicht an, kann auch das Leasingverhältnis nicht beginnen. In der Zeit zwischen Bereitstellung oder Zulassung und Beginn des Leasingverhältnisses ist der LN entgeltlicher Benutzer des LO unter sinngemäßer Geltung des LV.
- 4.2. Das Leasingverhältnis wird entweder auf eine bestimmte Anzahl von Monaten oder auf unbestimmte Dauer geschlossen. Im ersten Fall endet das Leasingverhältnis nach Ablauf der bestimmten Monate, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Innerhalb der bestimmten Dauer besteht keinerlei Kündigungsrecht. Bei unbestimmter Dauer steht jedem Vertragspartner die Kündigung des Leasingverhältnisses zum Ende eines Leasingmonats frei. Der LN verzichtet auf sein Kündigungsrecht derart, dass er erstmals zum Ablauf der in den „Besonderen Bestimmungen“ angegebenen kalkulatorischen Vertragsdauer kündigt darf.
- 4.3. Jede Kündigung hat schriftlich unter Vorlage einer einmonatigen Kündigungsfrist zu erfolgen. Das Datum der Aufgabe des Kündigungsschreibens zur Post gilt als erster Tag der Kündigungsfrist.
- 4.4. Ein allfälliges Recht zur vorzeitigen Vertragsauflösung wird von den Kündigungsregeln nicht berührt.

5. Gewährleistung

- 5.1. Der LN verzichtet gegenüber der LG auf jegliche Gewährleistung. Dieser Verzicht gilt auch gegenüber der LG als Lieferantin im Falle eines sale & lease back. Ist der LN Lieferant des LO (sale & lease back) besteht der Gewährleistungsverzicht auch gegenüber dem Käufer.
- 5.2. Der LN hat das LO bei Übernahme auf Mängel zu prüfen und festgestellte Mängel sofort und schriftlich der LG und dem Lieferanten zu melden. Nachteile, auch Verzugsfolgen, die aus der Unterlassung oder Unvollständigkeit der Mängelprüfung entstehen, trägt der LN.
- 5.3. Die LG tritt sämtliche Gewährleistungsansprüche gegen den Lieferanten an den LN ab. Der LN hat diese Ansprüche im eigenen Namen und auf eigene Kosten sowie unter Ausschluss jeglicher Haftung der LG geltend zu machen und der LG unverzüglich und erschöpfend zu berichten. Die Abtretung umfasst auch einen allfälligen Wandlungsanspruch. Wird er vom LN erhoben, ist der LN verpflichtet, die Rückabwicklung zu begehren, das LO sofort dem Lieferanten zurückzustellen und die Rückzahlung des Kaufpreises direkt an die LG zu fordern. Dem LN ist die Verrechnung eigener Forderungen gegen den Lieferanten oder die LG mit der Kaufpreiskorderung untersagt.
- 5.4. Im Falle der Wandlung hat der LN der LG nach erster Aufforderung durch die LG dieser für alle ihre Leistungen an den Lieferanten (Anzahlung, Kaufpreis, etc.) zuzüglich Kosten sofortigen, vollen Ersatz zu leisten.
- 5.5. Die LG leistet keinerlei Garantie. Sie tritt allfällige, ihr zustehende Garantiesprüche dem LN ab. Die vorstehenden Gewährleistungsregelungen gelten sinngemäß.
- 5.6. Der LN hat die LG von Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz schad- und klaglos zu halten.

6. Eigentum, Zulassung

- 6.1. Das LO steht und verbleibt im Eigentum der LG.
- 6.2. Der LN hat dafür zu sorgen, dass das LO nicht in Verbindung mit anderen Gegenständen ein unselbständiger Bestandteil wird. Wird das LO mit einer unbeweglichen Sache verbunden, muss der LN eine Anmerkung gemäß § 297 a ABGB auf eigene Kosten veranlassen.
- 6.3. Der LN ist verpflichtet, das Eigentum der LG am LO durch Anbringung einer auf das Eigentum hinweisenden Plakette an einer leicht wahrnehmbaren Stelle ersichtlich zu machen und bei einer allfälligen Inventarisierung zu beachten.
- 6.4. Der LN hat sämtliche vom Lieferanten ausgefolgte, das LO betreffende Urkunden, Dokumente, Zertifikate und Anleitungen, sorgfältig zu verwahren und bei Rückstellung des LO an die LG voll umfänglich zu übergeben. Die Fahrzeugdokumente sind der LG zu übergeben und werden von der LG verwahrt.
- 6.5. Ist das LO ein Kraftfahrzeug, wird es auf den Namen des LN zum Verkehr zugelassen. Der LN hat alle dafür erforderlichen Maßnahmen selbst und auf eigene Kosten vorzunehmen.

7. Leasingentgelt, Entrichtung, Fälligkeiten

- 7.1. Der LN hat für die Zeit zwischen Bereitstellung/Zulassung des LO und Beginn des Leasingverhältnisses (Punkt 4.1.) ein Entgelt zu entrichten, das dem monatlichen Leasingentgelt entspricht, für den vorerwähnten Zeitraum anteilig (1/30 pro Tag) anfällt und mit Vorschreibung fällig wird.
- 7.2. Das monatliche Leasingentgelt ist erstmals bei Beginn des Leasingverhältnisses und ab dem Folgemonat jeweils am 1. des Monats im Vorhinein fällig.
- 7.3. Die Entrichtung des Leasingentgeltes hat mittels Abbuchungsauftrages zu erfolgen. Wird dieser Auftrag von der Bank auch nur einmal nicht vollzogen, steht es der LG frei, das Leasingentgelt mittels Zahlscheines vorzuschreiben.
- 7.4. Ändern sich folgende Grundlagen der Entgeltkalkulation:
 - a) Anschaffungskosten des LO durch Kaufpreiserhöhung oder Anfall bzw. Änderung von Nebenkosten wie z.B. Fracht, Montage, etc.
 - b) Gebühren und Abgaben, die einen Teil des monatlichen Leasingentgeltes bilden
 - c) Bonitätseinstufung des LN unter Zugrundelegung banken- bzw. branchenüblicher Beurteilungskriterien
 - d) Refinanzierungsbedingungen infolge Anpassung auf Basis geänderter Refinanzierungs- oder Geldmarktbedingungen durch den Refinanzierer
 - e) Kosten und Abgaben, die die LG aus dem Eigentum oder der Finanzierung des LO treffen (z.B. Änderungen der Bestimmungen über das Haftkapital)
 - f) sonstige kalkulationsrelevante Vertragsgrundlagendarf die LG das monatliche Leasingentgelt und die Eigenleistungen des LN entsprechend anpassen.
- 7.5. Das Leasingentgelt umfasst eine Verzinsung und eine Teilamortisation der Anschaffungskosten des LO, wobei diese Anschaffungskosten, die kalkulatorische Dauer, die Eigenmittel und der Restwert (Punkt 1.3.) Grundlagen für die Berechnung des Leasingentgeltes sind. Der Zinsenanteil des Leasingentgeltes ist anhand des Dreimonats-Euribor Wertes gesichert. Die Basis der Wertsicherung ist in den „Besonderen Bestimmungen“ festgehalten. Die erste Anpassung erfolgt zum Beginn des Leasingverhältnisses. Weiterer Vergleichszeitpunkt ist jeweils der erste Werktag der nachfolgenden Kalenderquartale. Das Leasingentgelt wird den Dreimonats-Euribor-Veränderungen in jeder Richtung und in vollem Ausmaß angepasst, wobei die Anpassung jeweils auf ein Zehntelprozent aufgerundet wird. Der die Wertsicherung auslösende Dreimonats-Euribor bildet die neue Basis für eine weitere Änderung. Die Änderung wirkt sich sofort aus, wird aber erst in der Entgeltvorschreibung für den nächstfolgenden Monat berücksichtigt. Fällt der Dreimonats-Euribor unter 0 % in den negativen Bereich, ist die Wertanpassung mit der Basis 0% durchzuführen. Solange sich Änderungen des Dreimonats-Euribor im negativen Bereich bewegen, gibt es keine Wertanpassung. Steigt der Dreimonats-Euribor wieder in den positiven Bereich über 0%, erfolgt die erste Wertanpassung im Verhältnis Basis 0% zum Wert des Dreimonats-Euribor. Die Vorschreibung, Entrichtung oder Annahme eines nicht geänderten Leasingentgeltes gilt nicht als Verzicht auf den Änderungsanspruch. Die Höhe des Dreimonats-Euribor ist in den Geschäftsräumen der LG einzusehen.
- 7.6. Wird das LO teilweise oder gänzlich unbenutzbar oder wird es vom LN aus anderen Gründen nicht benutzt, oder werden gegen die LG Ansprüche gemäß Punkt 2.2. geltend gemacht, bleibt die Verpflichtung des LN zur Bezahlung des Leasingentgeltes aufrecht.
- 7.7. Soweit keine besonderen Fälligkeiten vereinbart werden, sind Forderungen der LG mit der Vorschreibung sofort fällig.

8. Nebenkosten, Umsatzsteuer

- 8.1. Der LN hat neben dem Leasingentgelt, einer allfälligen Kautions- oder Vorauszahlung und sonstigen im Verträge eigens angeführten Beträgen noch zu bezahlen:
 - a) die staatliche Vertragsgebühr
 - b) eine Bearbeitungsgebühr für Produkt- Vertragsberatung, Erstellung des Finanzbedarfes und der Gesamtkosten sowie Vertragsausarbeitung in der in den "Besonderen Bestimmungen" angegebenen Höhe,
 - c) den Ersatz der notwendigen, zweckentsprechenden und angemessenen Kosten, die der LG auch schon vor Vertragsbeginn, während der Vertragsdauer und nach dem Vertragsende im Zusammenhang mit der Feststellung der Bonität und des Aufenthaltes des LN, mit Mahnungen und der Eintreibung fälliger Beträge, mit der Einziehung, Schätzung, Verwertung und Exszindierung des LO und der Verwaltung des Vertrages anfallen.
 - d) die das LO betreffenden Kosten der Typisierung, Zulassung, Ausstattung mit Zubehör, An- und Abmeldung
 - e) alle Abgaben, Kosten und Strafen, die mit dem Besitz, der Haltung und der Benützung des LO im Zusammenhang stehen
 - f) bei Verzug Verzugszinsen von 12 % p.a., monatlich im Nachhinein berechnet und jeweils dem Kapital zugeschlagen
 - g) die mit allen Zahlungsvorschreibungen oder Verrechnungen der LG verbundene Umsatzsteuer.
- 8.2. Für die häufigsten Manipulationen und Betreibungen gemäß Punkt 8.1. lit. b) werden die Kosten wie folgt verrechnet:
 - Je zusätzlich USt: Rückbuchungsspesen jeweils Vorbelastung zuzüglich je 6,-, Typenschein – Depotgebühr je 7,-, schriftliche Profirmaabrechnung je 25,-, Mehrfachausstellung von Endabrechnung (ab der dritten Variante) Bearbeitungsgebühr je 25,-, Endabrechnungsgebühr je 30,-, Allgemeine Schadensregulierung je 30,-, Kosten der Bonitätsprüfung je 50,-, Großschadensregulierung je 120,-, Sicherheitsänderung je 150,-, Vertragsbeitritt je 150,-, Vertragsverlängerung, kalkulatorische Vertragsänderung, vorzeitige Vertragsauflösung, Teilzu-/abgang sowie jede sonstige Änderung jeweils je 250,-.
 - Je ohne USt: bei automatischem Mahnlauf für die erste Mahnung je 16,-, für die zweite Mahnung je 22,- und für die dritte sowie jede weitere Mahnung je 32,-, für jede nicht automatisierte Mahnung je 32,-.

Sonstige Manipulationen, Betreibungen und Interventionen zum Inkasso, zur Sicherstellung oder zum Einzug des LO, Sachverständigenkosten und LO Verwertungskosten werden nach Anfall vorgeschrieben.

8.3. Der LN hat für Zahlungen der LG vor Bereitstellung des LO (z.B. Kaufpreis, Anzahlung, etc.) Zinsen in der Höhe des für den Vertrag geltenden, gemäß Punkt 7.5. zum Tage der ersten Auszahlung angepassten Sollzinssatzes zu entrichten. Diese Zinsen werden bis zur Rückstellung der Vorsteuer vom Bruttobetrag berechnet und sind mit Vorschreibung fällig.

8.4. Führt ein überwiegender Einsatz des LO im Ausland zu einer zusätzlichen Kosten- und Steuerbelastung für die LG, darf die LG die Belastung an den LN weiterverrechnen.

9. Benützung, vorläufiger Entzug, Kennzeichnung, Wartung

- 9.1. Der LN darf das LO nur zum bedingenen Gebrauch verwenden.
- 9.2. Der LN muss das LO auf eigene Kosten instandhalten, warten, vor vorzeitiger Entwertung bewahren und auch die wirtschaftliche Betriebsfähigkeit und Kapazität aufrechterhalten. Er ist verantwortlich, dass das LO ständig, somit auch bei Nichtbenützung, betriebssicher ist und rechtzeitig allenfalls notwendiger behördlicher Begutachtung unterzogen wird. Ist das LO ein Kraftfahrzeug, hat der LN darauf zu achten, dass es nur von mit der erforderlichen Lenkerberechtigung ausgestatteten, zuverlässigen Personen betrieben wird.
- 9.3. Alle mit Reparaturen und Instandhaltung verbundenen Kosten und Abgaben gehen zu Lasten des LN. Sämtliche am LO notwendigen Arbeiten müssen von dazu behördlich befugten Professionisten vorgenommen werden.
- 9.4. Ist das LO ein Kraftfahrzeug, darf es der LN nur in europäischen Ländern, für die gemäß AKHB in der jeweils gültigen Fassung, Versicherungsschutz besteht, fahren. Mit der Benützung des Fahrzeuges im Ausland darf keine Zulassungsänderung verbunden werden.
- 9.5. Sind Wartungsmängel oder mißbräuchliche Verwendung des LO zu befürchten, darf die LG die Besichtigung und Überprüfung des LO verlangen. Dieses Verlangen ist bei Gefahr im Verzuge sofort, sonst in angemessener Frist und nicht zur Unzeit zu erfüllen. Der LN hat jegliche Unterstützung zu gewähren und festgestellte Mängel sofort zu beheben.
- 9.6. Der LN hat das LO von Zugriffen Dritter auf eigene Kosten freizuhalten und die LG im Falle der Begründung fremder Rechte oder sonstiger Zugriffe (insbesondere durch Pfändung oder sonstige gerichtliche oder behördliche Vertüfung) sofort schriftlich zu verständigen.
- 9.7. Begehrt der LN eine Vertragsverletzung, die eine vorzeitige Vertragsauflösung rechtfertigt, ist die LG unbeschadet ihrer sonstigen vertraglichen Ansprüche berechtigt, das LO auf eine ihr geeignet erscheinende Weise ohne Mitwirkung des LN sicherzustellen bzw. durch Dritte sicherstellen zu lassen, und den weiteren Gebrauch durch den LN zu verhindern. Der LN verzichtet auf den Einwand der Besitzstörung. Stellt der LN den vertragsgemäßen Zustand wieder her, kann er die weitere Überlassung des LO verlangen, sofern die LG nicht bereits gemäß Punkt 13.1. vorgegangen ist.
- 9.8. Der LN darf den bei Vertragsbeginn vorgesehenen Standort des LO ohne vorhergehende schriftliche Zustimmung der LG nicht ändern.
- 9.9. Die vertraglichen Pflichten des LN werden durch eine eingeschränkte oder unmögliche Verwendbarkeit des LO wegen Beschädigung oder rechtlicher, technischer oder wirtschaftlicher Unbrauchbarkeit nicht berührt.
- 9.10. Der LN hat die LG vom Eintritt eines Risikofalles laut Punkt 12., einer relevanten Beschädigung, einer Mangelhaftigkeit, etc., sofort schriftlich zu verständigen.

10. Änderungen, Verbesserungen, Einbauten

- 10.1. Änderungen, Verbesserungen und Einbauten im LO bedürfen der vorhergehenden schriftlichen Zustimmung der LG, außer sie sind geringfügig und verkehrsbüchlich, bedingen keine behördliche Bewilligung und stellen keine Gefahr für die Sicherheit des LO dar.
- 10.2. Sämtliche Änderungen, Einbauten und Verbesserungen gehen zu Lasten des LN. Der LN hat auch für etwa erforderliche behördliche Bewilligungen und Versicherungsänderungen selbst zu sorgen. Änderungen, Einbauten und Verbesserungen, die während des Leasingverhältnisses Bestandteil des LO geworden sind, gehen sofort in das Eigentum der LG über oder sind über Wunsch der LG auf Kosten des LN unter Herstellung des ursprünglichen Zustandes zu entfernen.

11. Versicherung

Auf Wunsch der LG hat der LN den Bestand einer die üblichen Risiken abdeckenden Versicherung für das LO und deren Vinkulierung zugunsten der LG nachzuweisen.

12. Gefahren, Risiko

- 12.1. Der LN trägt die Gefahr für Untergang, Totalschaden, Diebstahl sowie Verfall, Beschlagnahme und Einziehung des LO durch Behörden.
- 12.2. Untergang durch höhere Gewalt, zufälliger Untergang und Totalschaden beenden den LV mit Eintritt des Ereignisses, ohne dass es einer Auflösungserklärung bedarf. Ob ein Totalschaden vorliegt, ist nach den Versicherungsbedingungen zu entscheiden.

13. Vorzeitige Vertragsauflösung

Die LG ist zur sofortigen, vorzeitigen Auflösung des LV berechtigt, wenn der LN oder ein sicherstellungleistender Dritter:

- a) unrichtige Angaben gemacht oder Umstände verschwiegen hat, bei deren Kenntnis die LG die Zustimmung zum Vertrag oder zu dessen Änderungen nicht erteilt hätte,
- b) mit einem monatlichen Entgelt oder einer anderen vertraglich vorgesehenen Zahlung in Rückstand ist und den Rückstand trotz Androhung der vorzeitigen Vertragsauflösung sowie Setzung einer zweiwöchigen Nachfrist nicht aufholt,
- c) stirbt oder handlungsunfähig wird oder sein Geschäft (Unternehmen) aufgibt oder veräußert,
- d) den Wohn-/Geschäftsort ins Ausland verlegt, den Standort des LO ohne Genehmigung nach Punkt 9.8. verändert, oder bei einem Kraftfahrzeug als LO gegen Punkt 9.4. verstößt,
- e) auch nur einer seiner wesentlichen vertraglichen Pflichten nicht nachkommt,
- f) die Übernahme des LO ungerechtfertigt verweigert, ferner wenn,
- g) das LO gestohlen wurde oder sonst wie abhandenkommt,
- h) sich die wirtschaftliche Lage des LN oder eines sicherstellungleistenden Dritten derart verschlechtert, dass eine regelmäßige Zahlung des Leasingentgeltes gefährdet erscheint, insbesondere wenn der LN die Zahlungseinstellung erklärt, ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird oder in das Vermögen des LN erfolglos Exekution geführt wird, im Schadensfall die voraussichtlichen Reparaturkosten für das LO zuzüglich des Wrackwertes die Höhe des Zeitwertes des LO erreichen (wirtschaftlicher Totalschaden),
- j) sich das Haftungspotential des LN ändert (z.B. durch Wechsel der Rechtsform, Wegfall bzw. Reduktion des Sicherheitspotentials, etc.),
- k) wenn der LN oder eine Gesellschaft aus seinem Konzernbereich gemäß § 15 AktG seine Zahlungsverpflichtungen oder sonstige Verpflichtungen aus anderen, mit der LG oder mit einer anderen Gesellschaft des Erste Group Bank AG-Konzerns oder einer Sparkasse der Sparkassengruppe geschlossenen Verträgen trotz Mahnung und Nachfristsetzung nicht erfüllt oder einer (oder mehrere) der vorerwähnten Verträge aus Gründen, die die LG nicht zu vertreten hat, aufgelöst wird (werden).

14. Rückstellung des Leasingobjektes

- 14.1. Bei Beendigung des LV, sei es durch Kündigung, Zeitablauf oder vorzeitige Auflösung ist das LO vom LN auf eigene Kosten und Gefahr zu demontieren und zurückzustellen. Die Rückstellung hat an dem von der LG genannten Ort zu erfolgen. Unterlässt der LN die Demontage und/oder Rückstellung, gehen die Kosten des Einzuges und der Überstellung an den Rückgabeort zu Lasten des LN. Der LN darf die Demontage und den Einzug nicht behindern und verzichtet hinsichtlich Handlungen der LG zur Erlangung der Gewahrsame am LO auf den Einwand der Besitzstörung. Die zum LO gehörigen Papiere und sonstige Bezug habende Unterlagen (bei einem Kraftfahrzeug insbesondere Zulassungsschein, Serviceheft, Gutachten gemäß § 57 a Abs. 4 KFG 1967, etc.) und Schlüssel sind mit zu übergeben. Im LO belassene Sachen darf die LG nach vorangegangener, mit einer angemessenen Frist verbundenen, erfolglosen Aufforderung des LN zur Abholung frühestens einen Monat nach Fristende entschädigungslos entsorgen.
- 14.2. In jedem Falle einer verspäteten Rückgabe hat der LN für die Zeit zwischen Vertragsende und Rückstellung pro Tag ein Benützungsentgelt in der Höhe 1/30 des letzten monatlichen Leasingentgeltes zu entrichten. Bis zur Rückgabe bestehen alle Pflichten des LN aus dem Vertrag fort.
- 14.3. Endet der LV durch Ablauf der vereinbarten Dauer oder durch Kündigung, ist das LO in einem schadensfreien, technisch einwandfreien, betriebssicheren, bei Kraftfahrzeugen auch fahrbereiten, verkehrssicheren Zustand, außen und innen gereinigt und mit allen Servicearbeiten gewartet, zurückzustellen.
- 14.4. Bei einem Kraftfahrzeug muss der Zustand des LO zumindest der Eurotax-Bewertungsklasse 2 entsprechen. Ist dieser Rückgabezustand nicht zweifelsfrei vorhanden, darf die LG ein Gutachten eines gerichtlich beidseitigen Sachverständigen auf Kosten des LN einholen. Dieses Gutachten hat auch den Aufwand für die Herstellung des bedingenen Rückgabezustandes anzugeben. Die LG darf dem bedingenen Rückgabezustand auf Kosten des LN tatsächlich herstellen lassen, unterbleibt diese Herstellung, ist der vom Sachverständigen geschätzte Aufwand abzulösen.
- 14.5. Bei Rücknahme des LO ist ein gemeinsames Protokoll zu errichten, in dem die wichtigsten, von einem Laien erkennbaren Merkmale des tatsächlichen Rückgabezustandes festgehalten werden. Es ersetzt ein allfälliges Gutachten gemäß Punkt 14.4. nur, wenn es einen entsprechenden, ausdrücklichen Vermerk enthält. Seine Errichtung kann unterbleiben, wenn der LN die Unterfertigung verweigert, das LO in Abwesenheit des LN zurückgenommen wird oder sonstige Umstände die Errichtung untunlich erscheinen lassen.
- 14.6. Unterbleibt die Rückstellung, ist der LG Schadenersatz für das LO nach den Regeln des Punktes 15 zu leisten. Der LN hat unter keinen Umständen Anspruch auf Übereignung des LO und Herausgabe des Typenscheines/Einzelgenehmigungsbescheides/COC-Papieres.

15. Ansprüche aus der vorzeitigen Vertragsauflösung und aus dem Restwert

- 15.1. Wird der LV gemäß den Punkten 12.2. oder 13. vorzeitig aufgelöst, hat die LG neben allen anderen Ansprüchen aus dem Vertrag einen vertraglichen, verschuldensunabhängigen Anspruch auf pauschalierten Schadenersatz (Pönale). Dieser besteht aus der Summe der Leasingentgelte, die zwischen Vertragsauflösung und dem ursprünglich vereinbarten Vertragsende, bzw. Ende der kalkulatorischen Vertragsdauer aufgelaufen wären, gerechnet anhand des letzten, vor Vertragsauflösung fällig gewordenen Leasingentgeltes, zuzüglich des allenfalls bestimmten Restwertes und ist mit dem Tage der Vertragsauflösung fällig. Eine Abzinsung mit dem Zinssatz des Dreimonats-Euribor, der für das letzte Entgelt maßgeblich war, minus 0,5 %-Punkte ist vorzunehmen. Ein für das LO etwa erzielter Verwertungserlös (abzüglich Verwertungskosten) und eine etwaige Versicherungsentschädigung mindern diesen Anspruch per Anfall.
- 15.2. Sobald das LO zurückgestellt ist, wird die LG das LO nach Möglichkeit und unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung verwerten. Eine Verwertung durch Neuverleasung steht im freien Ermessen der LG. Sämtliche Verwertungskosten und allfällige Schätzkosten gehen zu Lasten des LN. Die LG ist nicht verpflichtet, den Zustand des LO im Hinblick auf einen höheren Verkaufserlös zu verbessern.
- 15.3. Der LG steht es frei, anstelle der gemäß Punkt 15.1. abgerechneten Forderung eine Konventionalstrafe zu begehren, die die Summe aller Leasingentgelte, die zwischen Vertragsauflösung und ursprünglich vereinbartem Vertragsende bzw. Ende der kalkulatorischen Vertragsdauer aufgelaufen wären, zuzüglich des Restwertes, umfasst. Jegliches Maßigungsrecht entfällt. Ein für das LO etwa erzielter Erlös und etwaige Versicherungsentschädigungen stehen der LG ohne Anrechnung auf die Konventionalstrafe zu.
- 15.4. Endet der LV durch Zeitablauf oder durch Kündigung frühestens zum Ende der kalkulatorischen Vertragsdauer, darf die LG wählen, ob sie sich mit der Erfüllung des Punktes 14.3. begnügt oder – sofern ein Restwert vereinbart ist, das LO im Sinne des Punktes 15.2. zu verwerten versucht. Im letzteren Falle entfällt die Herstellung des bedingenen Rückgabezustandes und die Ablösung des Wiederherstellungsaufwandes. Gelingt es bei der Verwertung des LO im Sinne Punkt 15.2. nicht, zumindest den Restwert samt Umsatzsteuer zu erzielen, hat der LN die Differenz zu ersetzen. Der LN hat Verwertungskosten und allfällige Schätzkosten zu tragen. Unterbleibt die Rückstellung, hat die LG neben allen anderen Ansprüchen aus dem Vertrag einen vertraglichen Anspruch auf den Nichterfüllungsschaden im Sinne § 921 ABGB, bestehend aus dem Restwert. Dieser Anspruch ist mit dem Tage der Vertragsbeendigung fällig.

16. Kautions, Sonderentgeltvorauszahlung, je unverzinst

- 16.1. Der LN hat über Verlangen der LG schon vor Vertragsbeginn eine Kautions (siehe „Besondere Bestimmungen“) zu erlegen. Sie bleibt unverzinst. Ein angemessener Ausgleich erfolgt bei der Berechnung des Leasingentgeltes. Die Kautions dient der Sicherstellung aller Forderungen der LG aus dem Bestande und der Auflösung (Beendigung) des LV. Sie darf nicht zur Abdeckung von Zahlungsrückständen während des aufrechten Vertrages verwendet werden und ist in die Abrechnung aufzunehmen.
- 16.2. Der LN verpfändet die Kautions in dem bei der LG erliegenden Ausmaß zur Sicherstellung aller im Punkt 16.1. erwähnten Ansprüche. Die LG nimmt diese Verpfändung ausdrücklich an.
- 16.3. LN und LG können eine Sonderentgeltvorauszahlung vereinbaren. Sie besteht aus einem einmaligen, samt Umsatzsteuer und gegen gesonderte Rechnungslegung durch die LG zu zahlenden Betrag, der zur Verringerung der Kalkulationsbasis dient. Sie ist vor Vertragsbeginn zu entrichten und in keinem Falle rückzahlbar.

17. Aufrechnungsverbot, Zurückbehaltungsrecht

- 17.1. Der LN darf eigene Forderungen jeder Art gegen die LG mit Forderungen der LG aus diesem Vertrag nicht aufrechnen.
- 17.2. Die LG darf eigene Forderungen aus diesem Vertrag und aus anderen mit dem LN geschlossenen Leasing- oder Mietkaufverträgen mit Forderungen des LN aus diesem Vertrag aufrechnen.
- 17.3. Hat die LG nach Vertragsbeendigung ihre Pflichten erfüllt, steht dem LN kein Zurückbehaltungsrecht am LO zu.

18. Solidarhaftung

Mehrere LN haften für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag zur ungeteilten Hand. Bürgen, Garanten oder andere sicherstellungleistende Dritte haften mit dem (den) LN(n) solidarisch.

19. Abtretung, Rechtsnachfolge

19.1. Der LN darf seine Rechte und/oder Pflichten aus diesem Vertrag außer mit ausdrücklicher Zustimmung der LG nicht abtreten.
 19.2. Die LG ist berechtigt, einzelne Rechte und/oder Pflichten aus diesem Vertrag oder den Vertrag selbst ohne Zustimmung des LN an Dritte, insbesondere an das auf der ersten Seite des Vertrages angeführte Kreditinstitut, zu übertragen.
 19.3. Die Rechte und Pflichten des LN aus diesem Vertrag gehen auf seine Rechtsnachfolger von Todes wegen über.

20. Erfüllungsort, Gerichtsstand

20.1. Erfüllungsort ist der Sitz der LG in Wien.
 20.2. Vereinbarter Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Bestande und der Auflösung dieses Vertrages ist Wien (§ 104 JN).

21. Zustellungsadresse

21.1. Der LN hat der LG etwaige Änderungen seiner Anschrift sofort schriftlich bekanntzugeben.
 21.2. Erklärungen der LG gegenüber dem LN sind rechtswirksam, wenn sie an die vom LN zuletzt bekanntgegebene Anschrift gesandt werden.
 21.3. Sind mehrere LN vorhanden, stimmen alle LN unwiderruflich zu, dass Erklärungen und Mitteilungen der LG mit Rechtswirksamkeit für alle nur an den ersten im LV genannten LN im Sinne Punkt 21.2. zugestellt werden.

22. Sonstiges

22.1. Der LN darf über das LO rechtsgeschäftlich nicht verfügen. Es ist ihm daher insbesondere die Verleihung, Vermietung, Verleasung, Verpfändung oder jede sonstige Art der Sicherheiteneinräumung und der gänzliche oder teilweise Austausch verboten. Ein solches Vorgehen gilt als Verletzung der wesentlichen vertraglichen Pflichten des LN im Sinne Punkt 13. lit.e.
 22.2. Für den Fall jeder Weitergabe des LO – so auch einer von der LG genehmigten Weitergabe – tritt der LN zur Besicherung aller Forderungen der LG aus dem LV unwiderruflich und vorbehaltlos seine Geldforderungen inklusive Umsatzsteuer und seine sonstigen Ansprüche gegen seinen Vertragspartner ab. Bei Zahlungsverzug und bei Rückstellungsverzug darf die LG von der Abtretung durch direkte Verständigung des Zessionars und durch Inkasso bzw. Einzug des LO Gebrauch machen. Die LG darf weiters das Inkasso auch nach Abdeckung des Rückstandes für laufende Fälligkeiten aufrechterhalten. Der LN hat die Abtretung in der gesetzlich geforderten Form in seinen Büchern anzumerken und die LG darüber zu informieren. Die LG nimmt die Abtretung ausdrücklich an.
 22.3. Der LN ist verpflichtet, der LG jeden Wechsel seines Wohn- und Geschäftsortes im Vorhinein schriftlich bekanntzugeben.
 22.4. Der LN räumt der LG vor, während des Leasingverhältnisses und auch danach bis zur vollständigen Abstattung aller Forderungen der LG jederzeit Einsicht in seine Bücher zwecks Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Er ist verpflichtet, der LG relevante Auskünfte über eine etwaige Veränderung seiner wirtschaftlichen Situation und der Rechtsform seines Unternehmens zu erteilen.
 22.5. Über Ersuchen der LG hat der LN bis längstens sechs Monate nach Ablauf des Wirtschaftsjahres die Jahresabschlüsse vorzulegen. Sollte als Grundlage dieses Vertrages die Besicherung durch eine Garantieerklärung eines Dritten vereinbart sein, verpflichtet sich der LN auch dafür Sorge zu tragen, dass die Jahresabschlüsse bzw. Vermögensaufstellungen des Garanten jährlich der LG übermittelt werden. Kommt der LN trotz wiederholten Verlangens seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nach, führt dies zu einer Herabstufung der Bonität des LN, woraus eine höhere Mindesteigenkapitalanforderung der LG (BWG) resultiert. Diesfalls ist die LG berechtigt, den Finanzierungskostensatz entsprechend zu erhöhen.
 22.6. Die LG darf bei ihr eingehende Beträge, ungeachtet jeglicher Zahlungswidmung zuerst zur Abstattung der offenen Nebenkosten im Sinne Punkt 8., insbesondere der zweckentsprechenden, außergerichtlichen Betreuungskosten, dann der Zinsen und schließlich der jeweils ältesten sonstigen Forderungen verwenden.
 22.7. Die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berühren nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Ungültige Bestimmungen sind durch gültige und zulässige Bestimmungen so zu ersetzen, dass dem Sinn und Zweck der ungültigen Bestimmung unter Wahrung der Interessen der Vertragsparteien weitestmöglich entsprochen wird. Dies gilt auch für eine ergänzungsbedürftige Lücke dieses Vertrages.
 22.8. Auf den LV ist ausschließlich österreichisches Recht anzuwenden.
 22.9. Der LV kommt erst mit beiderseitiger Unterfertigung rechtsgültig zustande.
 22.10. Änderungen und Ergänzungen des LV bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform. Auf Punkt 24 wird verwiesen.
 22.11. Der LN stimmt zu, dass die LG während des aufrechten LV im Wege der Telekommunikation, der elektronischen Post oder postalisch zu ihm Kontakt hält, insbesondere zum Zwecke der Werbung, Beratung und Kundenbetreuung. Er erklärt sich auch damit einverstanden, dass die periodische Leasingentgeltvorschreibung im Wege der elektronischen Post (z.B. im PDF-Format) erfolgt.
 22.12. Der LN nimmt zur Kenntnis, dass die LG Sorgfaltspflichten nach dem Finanzmarkt-Geldwäschegesetz (FM-GwG) gegenüber dem Leasingnehmer zu wahren hat, die insbesondere die Identität des Leasingnehmers und des wirtschaftlichen Eigentümers, den Zweck und die Art der Geschäftsbeziehung, die Identität von Treuhändern und Treugebern, die Offenlegung von allen Arten von Stellvertretung und die Zuordnung des LN zu einer Risikoklasse betreffen und die Besorgung entsprechender Auskünfte und Dokumente vom Leasingnehmer bei sonstigem Transaktionsverbot verlangt. Es gehört zu den wesentlichen Vertragspflichten des LN, die LG bei der Wahrung der vorerwähnten Sorgfaltspflichten, vor allem auch bei der Aktualisierung der Daten über den wirtschaftlichen Eigentümer in jeder Weise zu unterstützen bzw. in keiner Weise zu behindern und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

23. Datenschutz

23.1. Der LN erklärt sich ausdrücklich – auch zum Zwecke der Entbindung der LG vom Bankgeheimnis gemäß § 38 (2) 5 BWG – damit einverstanden, dass die in der Meldung gemäß Datenschutzgesetz 2000 enthaltenen Daten aus diesem Vertragsverhältnis automationsgestützt verarbeitet und aus folgenden Gründen an Dritte weitergegeben werden:
 • an die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG zum Zwecke der Geschäftsvermittlung, der Bonitätsentscheidung, der Abwicklung und der Refinanzierung,
 • an die Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group zu Zwecken der Geschäftsvermittlung und der Versicherung,
 • an die Donau Versicherung AG Vienna Insurance Group zu Zwecken der Geschäftsvermittlung und der Versicherung,
 • an den Kreditschutzverband von 1870 zu Zwecken des Gläubigerschutzes und der Kleinkreditevidenz,
 • an das auf der ersten Seite des Vertrages angeführte Kreditinstitut zum Zwecke der Geschäftsvermittlung, der Bonitätsentscheidung, der Abwicklung und der Refinanzierung.
 23.2. Der LN erteilt der LG ausdrücklich die Erlaubnis, die in Punkt 23.1. angeführten Daten und weiters alle den LN betreffenden Daten und Informationen dieses LV (wie z.B. Kontaktdaten, Berufstand/Geschäftstätigkeit), wirtschaftliche Daten, Vertragseckdaten zum Zwecke der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse des LN, sowie zur Durchführung von Kundenaufträgen, der internen Abwicklung, der Risikoanalyse und der Kundenberatung an die im Punkt 23.1. genannten Dritten weiterzugeben, aber auch von diesen Dritten einzuholen.
 23.3. Der LN ist weiters damit einverstanden, dass die in Punkt 23.1. und 2. genannten Daten an die Versicherung zum Zwecke der Versicherungs- und Schadensabwicklung bezüglich des LO, an Risiko- und Haftungspartner zum Zwecke der Risikobeurteilung und zur Erfüllung von Informationspflichten, an Inkassobüro/Auskunftei zum Zwecke der Durchsetzung der Rechte aus diesem Vertrag und an Lieferanten zum Zwecke der Abwicklung des An- und Verkaufes des LO weitergegeben werden.
 23.4. Der LN, sofern er Einzelunternehmer ist, nimmt zur Kenntnis, dass der Abschluss des LV zur Eintragung in die vom Kreditschutzverband von 1870 betriebene Kleinkreditevidenz (KKE) führt, die KKE ein zu Zwecken des Gläubigerschutzes und der Risikominimierung geführtes Informations-, Verbundsystem von Kreditinstituten, kreditgebenden Versicherungsunternehmen und Leasingunternehmen ist, die Daten der KKE ausschließlich an Kreditinstitute, kreditgewährende Versicherungsunternehmen und Leasinggesellschaften mit Sitz in einem Mitgliedstaat des europäischen Wirtschaftsraumes auf Anfrage weitergegeben werden, soweit diese eine Rechtspflicht zur korrekten Beurteilung des Kreditrisikos, das ein Kreditwerber darstellt, trifft.
 23.5. Der LN ist berechtigt, im Falle seiner Eintragung im KKE mittels schriftlichen Antrages beim Kreditschutzverband von 1870 gemäß § 26 DSGVO Auskunft über die verarbeiteten Daten zu verlangen und im Umfange des § 27 DSGVO die Richtigstellung oder Löschung der Daten begehren. Der LN kann gegen die Verwendung seiner Daten gemäß § 28 DSGVO Widerspruch erheben und sich wegen einer Verletzung seiner Rechte gemäß § 30 DSGVO an die Datenschutzkommission wenden.
 23.6. Der LN erteilt für sich und für alle Unternehmen, an denen er jetzt und in Zukunft direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist, seine Zustimmung, dass alle Gesellschaften des Konzerns der Erste Group Bank AG seine Daten zum Zwecke der Erfassung, der Beurteilung, der Begrenzung, der Steuerung und der Überwachung des Risikos, wie dies für den Konzern der Erste Group Bank AG gemäß den bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere im Sinne der §§ 39 und 39a BWG und vergleichbarer Regelungen zur Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten geboten ist, allen anderen Unternehmen des Konzerns der Erste Group Bank AG bekanntgeben dürfen. Der Datenaustausch dient auch der Erfassung, Ermittlung und Auswertung von Kreditrisiken und den Zwecken des Controllings und der Vertriebssteuerung. Insbesondere zählen zu diesen Daten sämtliche vom LN bekanntgegebenen oder im Rahmen der jeweiligen Geschäftsverbindung hinzu bekanntwerdenden wirtschaftlichen Daten; sämtliche Daten der jeweiligen Geschäftsverbindung (insbesondere Firma, Rechtsform, Adresse, Eigentümer, Devisenland, Risikoklasse, Bankverbindung); Daten über gewährte Finanzierungen und deren Bedingungen, abgeschlossene Finanztermingeschäfte, allenfalls fällige Forderungen, Vertragsverletzungen, Betriebsmaßnahmen, Sicherheiten; der letzte vorliegende Jahresabschluss sowie die jeweiligen Auswertungen dieser Daten.
 Der LN bestätigt, dass er von den eingangs angeführten Unternehmen zur Abgabe dieser Erklärung auch in deren Namen ermächtigt oder aus sonstigen Gründen im Rahmen der Konzernführung hierzu berechtigt ist. Diese Ermächtigung/Berechtigung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

24. Änderung der Allgemeinen Vertragsbedingungen

24.1. Die LG darf die Allgemeinen Vertragsbedingungen jederzeit ändern. Die Änderungen sind von der LG schriftlich gemäß Punkt 21.2. bekanntzugeben.
 24.2. Die geänderten Allgemeinen Vertragsbedingungen gelten ab Beginn des übernächsten Monats, der der Verständigung des LN folgt, sofern der LN nicht bis zum Ende des der Verständigung folgenden Monats schriftlich widerspricht. Die LG ist verpflichtet, in der Verständigung ausdrücklich festzuhalten, dass die Nichterhebung des Widerspruchs als Zustimmung zur Änderung der Allgemeinen Vertragsbedingungen gilt.
 24.3. Die geänderten Allgemeinen Vertragsbedingungen können in den Geschäftsräumen der LG und auch auf der Homepage der LG eingesehen werden.

Lichtbildausweis	Unterschrift geprüft	
Nr., Ausstellungsdatum und –behörde	Paraphe MA	Datum und Unterschrift des Leasingnehmers
Die Leasinggeberin	angenommen am:	
Erste Bank und Sparkassen Leasing GmbH Am Belvedere 1 1100 Wien		